

ippnw akzente

information der ippnw
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



Teilnehmer*innen:

Lilli Beckedorf, Firdes Firat, Susanne Dyhr,
Neşmil Ghassem lou, Ernst- Ludwig
Iskenius, Marit Vahjen, Uwe Weitzmann,
Dorothea Zimmermann & Gisela Penteker

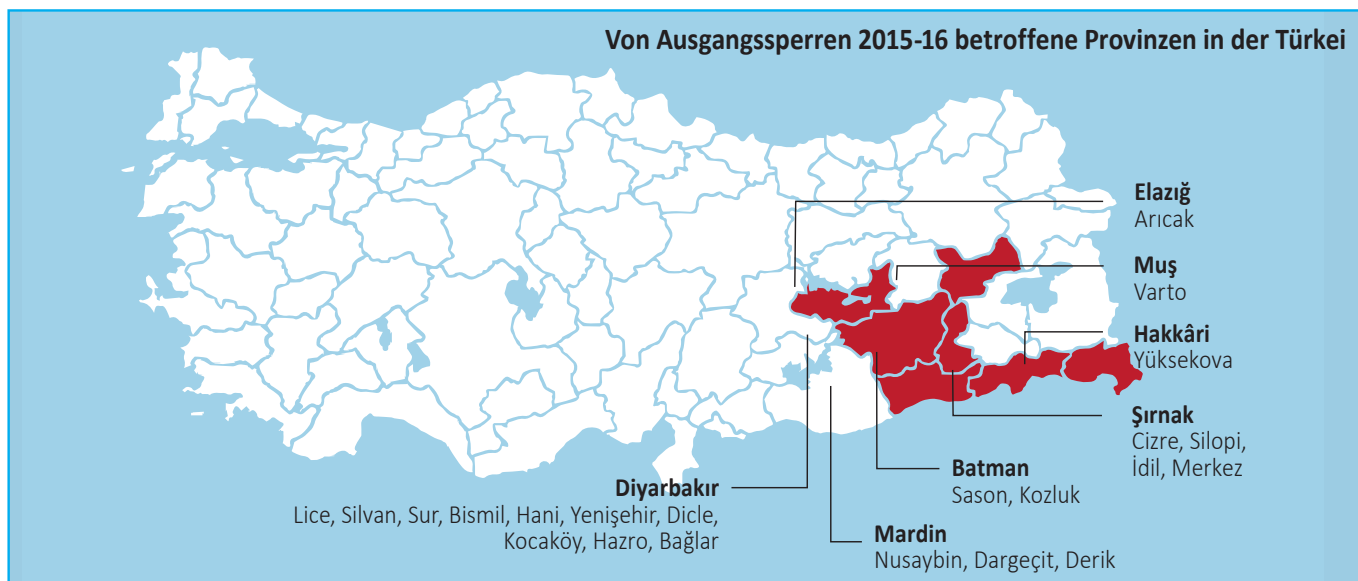


Foto: Firdes Firat

(Un-)vergessener Widerstand

Eine Reise in den Südosten der Türkei vom 12. bis 26. März 2022

Von Ausgangssperren 2015-16 betroffene Provinzen in der Türkei



Quelle: Türkische Menschenrechtsstiftung TIHV 2016

Ausnahmezustand 2015-16: Gewalttätige Proteste von kurdischen Jugendlichen wurden von der Regierung mit tagelangen Ausgangssperren, massivem Militäreinsatz, Zerstörung ganzer Stadtviertel und Vertreibung der Bevölkerung beantwortet.

INHALT

Überblick	04
Kinderrechte in der Türkei	05
Individuelle und kollektive Traumata: Wie gehen Aktivist*innen der Zivilgesellschaft damit um?	06
Posttraumatisches Wachstum – Illusion und Wirklichkeit	08
Begrüßung beim Fachtag in Diyarbakır	09
Die Umsetzung der Istanbul-Konventionen	12
Van: Ein Besuch im Vorgarten der EU-Abschottungspolitik	13
Was können Prozessbeobachtungen bewirken?	14
Das Schicksal der Familie Şenyaşar und das türkische Recht	15
Urbanizid: Verbrechen am kulturellen Erbe der Menschen und Städte	16

RUBRIKEN

Glossar	02
Editorial	03
Fotoseiten: Newroz und Gesprächspartner	10
Fotoseiten: Nusaybin, Mardin, Urfa	18
Kontakt und Spendenmöglichkeit	16
Impressum	16

Glossar

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung. Regiert seit 2002, vertritt einen neoliberalen Wirtschaftskurs und den Umbau zu einem islamistisch-religiös geprägten Staat, außenpolitisch zunehmend einen nationalistischen, neoosmanischen Expansionskurs.

Anwaltskammer: rechtliche Vertretung aller Jurist*innen. Viele Mitglieder werden als Menschenrechtsaktivist*innen verfolgt. Tahir Elci, der Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakır, wurde am 28. November 2015 auf offener Straße ermordet.

Architektenkammer: Zusammenschluß von Architekten und Bauingenieuren. Übt heftige Kritik am offiziellen Wiederaufbau der 2015/16 durch das Militär zerstörten Stadtteile (Sur in Diyarbakır, Cizre, Şırnak)

Ausgangssperren 2015-16: Strafmaßnahmen gegen widerständige kurdische Dörfer und Städte. Hunderte Zivilist*innen wurden getötet, Wohngebiete durch das Militär geplant. Bis heute werden die Ausgangssperren fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

HDP: Demokratische Partei der Völker. Linke, überwiegend kurdische Partei. Führende Politiker*innen sind seit mehreren Jahren ohne faires Gerichtsverfahren im Gefängnis, viele Mitglieder werden mit Prozessen und Terrorismusvorwürfen überzogen.

IHD: Menschenrechtsverein, vertreten in allen großen Städten der Türkei, dokumentiert täglich Menschenrechtsverstöße in der Türkei

Kassationsgericht: Oberstes Berufungsgericht zur Überprüfung von Urteilen der Straf- und Zivilgerichte.

PKK: Arbeiterpartei Kurdistans, eine kurdisch-sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation. Ihr 1999 verhafteter Gründer Abdullah Öcalan ist für viele Kurd*innen symbolische Figur des kurdischen Widerstandes.

ÖHD: Jurist*innen für die Freiheit. Kurdische Anwält*innen, die sich v.a. um politische Gefangene kümmern und Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen nachgehen.

Ärzttekammer: Zivilgesellschaftliche Vertretung von Ärzt*innen. Viele Mitglieder werden verfolgt, Spitzenfunktionäre stehen oft vor Gericht.

TIHV: Türkische Menschenrechtsstiftung, unterhält mehrere Behandlungszentren für Folteropfer in der Türkei. TIHV war führend bei der Ausarbeitung des Istanbul-Protokolls zur Dokumentation von Folterspuren und gibt eine tägliche Zusammenstellung von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei heraus.

Newroz: kurdisches und persisches Neujahrsfest am 21. März, für die Kurd*innen im Südosten der Türkei öffentlicher Ausdruck ihres Widerstandes gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung

Zwangsverwalter: Viele Kommunen mit gewählten HDP-Bürgermeister*innen wurden von der AKP-Regierung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen 2015/16 unter Zwangsverwaltung gestellt.



VOR DER MOSCHEE IN SUR, DIYARBAKIR

Editorial: Die Hoffnung auf Frieden lebt in der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft

Die Menschenrechtslage in der Türkei ist nur noch selten Thema in deutschen Medien. Der Krieg in der Ukraine, die Inflation und auch die Pandemie stehen bei uns im Zentrum der politischen Diskussionen.

Dabei verschärft sich die Situation in der Türkei zunehmend. Die Inflation ist schwindelerregend und stürzt immer mehr Menschen in Armut. Jede Opposition zur autokratischen Regierung wird verfolgt. Es gibt täglich Razzien und Verhaftungen. Neue Gefängnisse werden gebaut, um Platz für alle Inhaftierten zu schaffen. Die türkische Armee führt Krieg gegen die Kurden im Irak und plant einen neuen Einmarsch in das autonome Gebiet Nordostsyrien.

Die türkische Regierung übt Druck auf die NATO-Partner in Europa aus, wenn sie kurdische Dissident*innen ihrer Meinung nach „zu freundlich“ behandelt, wie man jetzt am Veto gegen den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands sehen kann und auch an den vielen negativen Entscheidungen in Asylverfahren von kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund fand unsere Reise in den kurdischen Südosten der Türkei im März statt. Nach zwei Jahren Pandemiepause waren wir froh, unsere Partner*innen im Südosten wieder zu tref-

fen. Es kommen kaum noch Delegationen aus Europa – früher gaben sie sich zu Newroz regelrecht die Klinke in die Hand.

Der erste Gegenbesuch von jungen Menschenrechtler*innen aus Diyarbakir im Oktober 2021 in Deutschland hat unserer Arbeit neuen Schwung verliehen. Sowohl bei uns als auch in der Türkei ist eine neue Generation am Start, die weltoffen und verantwortungsvoll viele gesellschaftliche Themen aktiv bearbeitet.

Das spiegelt sich im vorliegenden Heft wieder, in dem die Teilnehmer*innen über ein breites Spektrum an Themen berichten. Da geht es um die Situation der Flüchtlinge in der Grenzstadt Van, um Frauen- und Kinderrechte, um unseren gemeinsamen Fachtag zum Umgang mit Trauma, um das Rechtssystem, die Zerstörung von Städten und sozialen Strukturen und um die Möglichkeiten der Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Daten zu unseren Planungen für die kommenden Monate finden Sie auf der Rückseite dieses Heftes.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!
Ihre Dr. Gisela Penteker

Die diesjährige Reise: Ein Überblick

In der Millionenstadt Van wurde uns von erheblichen Repressionen gegenüber kurdischen Anwält*innen und Aktivist*innen berichtet. Trotz offizieller Aufhebung des 2016 ausgerufenen Ausnahmezustands wird dieser de facto weitergeführt, es gilt seit sechs Jahren ein Demonstrations- und Presseklärungsverbot. Die Kurd*innen vor Ort appellierten, nicht nur „besorgt“ zu sein, sondern sich aktiv zu solidarisieren und über die Lage der Kurd*innen in der Türkei zu berichten. Für ein näheres Verständnis der Situation kurdischer Geflüchteter in Deutschland waren die Berichte der Ärztekammer und der türkischen Menschenrechtsstiftung TIHV von Bedeutung: Geschildert wurden uns desaströse Bedingungen und Folter in türkischen Gefängnissen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Helfer*innen durch die massiven Repressionen zunehmend selbst traumatisiert sind. Insbesondere vor diesem Hintergrund erscheint es bemerkenswert, dass die psychosoziale Arbeit vor Ort weitergeführt wird. (S. 6f.)

In Dersim berichtete der kommunistische Bürgermeister sowohl über den Aufbau von landwirtschaftlichen kollektiven Strukturen in der Tradition alevitischer Kultur (Verbundenheit mit der Natur) als auch über kleinere lokalpolitische Errungenschaften wie etwa das Senken der Wasserkosten. Andererseits erfuhren wir von langjähriger Arbeitslosigkeit infolge der Massenentlassungen durch die Regierung, Repressionen und Verhaftungen durch das türkische Militär sowie die Ausbeutung lokaler Ressourcen durch europäische Firmen. In Diyarbakır trafen wir Abgeordnete der kurdischen Partei HDP. Sie haben zwei Forderungen: Gleichheit für alle Völker der Türkei – Gleichberechtigung der Geschlechter, die sie durch die Besetzung von leitenden Stellen mit je einem Mann und einer Frau umsetzen.

Die Architektenkammer berichtete über den großflächig von der Regierung zerstörten historischen Stadtteil Sur mit Vertreibung der 28.000 alteingesessenen Bewohner*innen.

Ein Höhepunkt war der Austausch auf einem Fachtag zum Thema „Trauma“ am 19. März, an dem ca. 40 ehrenamtliche Mitglieder der Menschenrechtsstiftung TIHV und aus dem sozialpsychiatrischen und pädagogischen Umfeld Diyarbakirs teilnahmen. Die Vorträge orientierten sich inhaltlich an den Themen Resilienz und Empowerment im Kontext von Traumatisierung (S. 8f.).

Vor dem Gerichtshof in Urfa trafen wir die Mahnwache von Emine Şenyaşar und ihrem Sohn. Vor den Augen Emine Şenyaşars töteten die Wächter eines AKP-Abgeordneten 2018 ihren Mann und zwei ihrer Söhne. Die Familie hatte sich geweigert, ein Wahlplakat des Abgeordneten in ihrem Laden aufzuhängen. Ein weiterer Sohn wurde wegen dieses Vorfalls zu 37 Jahren Haft verurteilt und ist seit ca. einem Jahr in Isolationshaft. Emine Şenyaşar fordert Gerechtigkeit und will, dass die Mörder ihrer Familie bestraft werden (S. 15).

Nach zwei Wochen mit täglichen Delegationstreffen kamen wir mit rauchendem Kopf und vielen Fragen zurück nach Deutschland. Wir haben in Nordkurdistan einen reichen Blumenstrauß an über Jahrzehnten geknüpften Kontakten und Beziehungen vorgefunden. Vielleicht schließen sich bei der nächsten Reise ja noch weitere neue Gesichter an.

Lilli Beckedorf und Neşmil Ghassemlou



STRASSENSZENE IN DERSIM

Kinderrechte in der Türkei

Ein Aspekt der Menschenrechtsarbeit in der Türkei ist bei unseren bisherigen Reisen oft zu kurz gekommen: Die Rechte der Kinder. Die Krise um die Pandemie hat uns noch einmal die Augen geöffnet, dass Kinder in zugespitzten gesellschaftlichen Krisen besonders leiden und deshalb eines besonderen Schutzes bedürfen. Krisenbewältigung wird meist aus Erwachsenenperspektive versucht, die Kinder mit eigenen Bedürfnissen werden häufig hinten angestellt. Das ist die gemeinsame Erfahrung, die Verteidiger von Kinderrechten hier wie in der Türkei machen müssen. Umso bereichernder war der lebhafteste Austausch mit Vertreter*innen von zwei Kinderrechtsvereinen: Rengarenk und CocukCA in Diyarbakir.



Rengarenk

Die Vorläuferinitiative von Rengarenk musste sich in Folge der zunehmenden Repressionen im Kontext des „Militärputsches“ und des Ausnahmezustandes 2015/16 aus Sicherheitsgründen auflösen. Der Stadtekrieg in Sur mit der Anwendung militärischer Gewalt und anschließender Vertreibung hinterließ deutliche traumatische Spuren in den Seelen der Kinder, so dass erneut die Idee entstand, einen Kinderrechtsverein von Fachleuten zu gründen, die zunehmend mit Berufsverboten belegt worden waren. Die Bevölkerung hat die Gründung aktiv mitgetragen. Die Pandemiekrise wurde als zusätzliche Chance gesehen, Kinderrechte, wie sie in der Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind, in den Mittelpunkt zu stellen. Die Türkei ist Unterzeichnerin dieser Konvention. Durch Projekte, Workshops und andere Freizeitangebote sollte die (Über-)Lebensfähigkeit der Kinder in Sur gestärkt werden. Seitdem gibt es einen bunten Strauß von außerschulischen Programmen unter aktiver Einbeziehung der Kinder. Außerdem werden Verstöße gegen die Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene untersucht und dokumentiert – ein Beispiel ist der Report „Children's Right to Play in Suriçi“: www.stgm.org.tr/en/childrens-right-play-monitoring-report-surici

Ein Zukunftsprojekt ist die Gründung einer Akademie zur Ausbildung von Multiplikator*innen. Für diese Ausbildung haben die Ehrenamtlichen bis jetzt 18 Module ausgearbeitet. Ein anderes Vorhaben ist die Biographiearbeit mit den Kindern, die die traumatische Geschichte von mindestens drei Generationen in sich tragen. Langfristig wollen mehrere Vereine gemeinsam ein Friedensdorf gründen. (Trauma-

„Der fehlende Zugang zu Möglichkeiten zum Spielen (...) wird die Bindung an die Muttersprache, Kultur und ethnische Identität im Erwachsenenalter deutlich lockern. Das führt langfristig zum Verschwinden der Sprache, Kultur und Bewußtsein für die eigene Geschichte.“

Report Children's Right to Play

Workshop-Angebote für Kinder zu schaffen, einen kostenlosen IT-Kurs zum Zugang zu Internet und digitalen Bildungsangeboten zu etablieren (dafür wurden 25 Laptops angeschafft). Sinnvolle Kinderbücher sowie Fachbücher sollen zur Ausleihe bereitgestellt werden.

Die Ehrenamtlichen werden mit massiven Problemen geschädigter Kinderseelen konfrontiert: Konzentrationstörungen, dissoziative Zustände, Hyperaktivität, aggressive Impulsdurchbrüche etc., die sich natürlich negativ auf die Bildungschancen auswirken. Unser intensiver fachliche Austausch drehte sich hauptsächlich um das Thema, wie man diese verwundeten Seelen professionell begleiten kann, denn sowohl Fachkräfte wie Eltern sind mit diesen Folgen der traumatisierenden Erlebnisse häufig überfordert. Im schlimmsten Fall kann es dann zu neuen Gewalthandlungen kommen. Dem wollen sie in Zukunft mit Hilfe unserer Erfahrungen mit einem der Situation angepassten Konzept präventiv begegnen, um die ständige Gewaltspirale zu durchbrechen. Gleichzeitig haben wir uns intensiv über Methoden ausgetauscht, wie den Konzentrationsschwierigkeiten während des Lernprozesses ganz konkret begegnet werden kann. Im Herbst 2022 soll dieser fachliche Austausch im Rahmen eines zweiten Besuches fortgesetzt werden.

Dorothea Zimmermann und Ernst-Ludwig Iskenius

tisierte). Für Kinder aus den zerstörten Vierteln in Diyarbakir soll es einen geschützten und schönen Ort geben, wo sie ihre verletzten Seelen erst einmal „baumeln“ lassen können. Dafür möchte ein Geschäftsmann ein Grundstück bereitstellen. Die Vorbereitungen für das Dorf laufen bereits.

CocukCA

Dieser Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder und Jugendliche in ihrem Recht auf Bildung zu unterstützen. In der Pandemiezeit wurde diese Notwendigkeit für eine kindgerechte Entwicklung noch einmal überdeutlich. Über ein Jahr lang waren die Schulen verschlossen. Der Verein versorgte Kinder mit Büchern und Laptops. In dieser Zeit durfte es keine direkten Fortbildungen geben. Deshalb haben die Mitglieder die Zeit genutzt, um ein Haus zurenovieren, so dass es nun einen geschützten Ort der außerschulischen Bildung gibt. Die Kinder profitieren von ergänzenden Hilfen, die das offizielle Schulsystem nicht bietet, wobei ein deutlicher Fokus auf der Förderung ihrer Kreativität liegt. Zur Zeit werden so 45 Kinder unterstützt. Schwerpunkte sind,

Individuelle und kollektive Traumata – wie gehen Aktivist*innen der Zivilgesellschaft damit um?

Auf den verschiedenen Stationen unserer diesjährigen Reise und den Besuchen bei Gruppen der aktiven Zivilgesellschaft trafen wir immer wieder auf Menschen, die an den Folgen der seit vielen Jahren bestehenden Gewalt und Repression leiden. Nun waren wir zwei Jahre nicht hier und erleben eine deutliche Vertiefung der traumatischen Wunden, besonders bei den politisch Aktiven.

In Van können seit sechs Jahren keine Presseerklärungen zu Problemen und Schwierigkeiten vor Ort veröffentlicht werden, ohne dass es zu juristischer Verfolgung (Polizeivorladungen, Anklagen, Verhaftungen, Gefängnisstrafen) kommt. Formal ist der Ausnahmezustand zwar aufgehoben, aber das Verbot öffentlicher politischer Äußerungen wird vom Gouverneur (Vali) alle zwei Wochen willkürlich verlängert. Wie ohnmächtig muss man sich als kritisch aktiver Mensch fühlen, die eigene demokratische Stimme nicht mehr erheben zu können, ohne gewiss zu sein, dafür bestraft zu werden.

Die einzige Möglichkeit, die bleibt, ist der Versuch, auf internationalem Parkett z. B. die beklemmende Situation der Geflüchteten darzustellen, wie uns der Präsident der Anwaltskammer Van erzählte (siehe S. 13). Wenn die Antwort darauf ist „Wir sind mit der Flüchtlingspolitik der Türkei zufrieden“, wird die Hoffnung auf Solidarität, der Glaube an demokratische Werte oder auch die eigene Identität und Würde zerstört.

In Dersim erfuhren wir sehr authentisch, was es heißt, das erlittene kollektive Trauma der Zwangsverwaltung nicht anzuerkennen. Die gewählten Ko-Bürgermeister*innen von der HDP sind immer noch im Gefängnis. Eine hochemotionale Diskussion entfachte sich an unserer Frage, was das besondere an Dersim wäre, dass sich ein fortschrittlicher kommunistischer Bürgermeister im Amt halten könnte. Von „diese Frage darf eigentlich gar nicht gestellt werden“ bis hin „Wir leiden wie alle anderen Städte auch unter der Zwangsverwaltung, die Situation für uns ist doch gleich und ist sehr schlecht“ kam es zur einhelligen Ablehnung, sich der Frage nach eigenen Möglichkeiten, Stärken und Ressourcen zu stellen und lieber in der „Opfer-

haltung“ zu bleiben. Welch großer, tiefsitzender kollektiv kränkender Schmerz wurde durch die für sie Außenstehenden bei den politisch Aktiven der demokratischen Plattform aktiviert!



DERSIM: BEI BÜRGERMEISTER FATİH MEHMET MAÇOĞLU

In Diyarbakır sind der Krieg 2015/16 und die anschließende unwiderstehliche Zerstörung der historischen Innenstadt das spürbare Trauma, das sich durch alle unsere Gespräche zieht. Mehr als 50.000 Menschen verloren ihre Häuser und die wirtschaftliche Existenz, da auch Hunderte kleiner Handwerksbetriebe und Geschäfte zerstört wurden. Die vertriebenen Menschen leben meist entwurzelt und ihrer sozialen Lebensstruktur beraubt in Trabantenstädten. Einer Aktivistin kam bei dieser Erinnerung sofort die Tränen, die Gesprächsatmosphäre empfanden wir als sehr gedrückt: Der Krieg mit den Gewalterfahrungen und den anschließenden niederschmetternden Verlusten war auf einmal wieder gegenwärtig. Krieg ist eben nicht vorbei, wenn die Kriegshandlungen beendet sind.

Schmerz und unterdrückte Wut waren ebenso in der Architektenkammer zu spüren. Die NGO ist fachlich von jeglichen Einflüssen auf die Stadtentwicklung ausgeschlossen, den Mitgliedern als Fachleuten bleibt lediglich die Dokumentation der Zerstörung, die mit den sterilen und teuren Neubauten dort vollendet wurde. Obwohl die



Foto: Navneet Kaur / Pexels

Altstadt von Diyarbakır, der Stadtteil Sur, zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, hat sich bisher noch kein offizieller Vertreter der UNESCO blicken lassen, um die nachhaltigen Schäden am Charakter der Stadt aufzunehmen. Auch diese hochengagierten Fachleute leiden an der doppelbödigen Haltung der internationalen Öffentlichkeit, wo doch an anderen Orten Sanktionen schon beim Bau einer einfachen Brücke (siehe Dresden) angedroht werden. Das fachliche Wissen und Können der Architekten wird einfach ignoriert. Das wirkt auf die Dauer schwer traumatisierend.

Ein letztes Beispiel: Obwohl die pandemische Situation den personellen Mangel an Ärzt*innen, Krankenschwestern und -pflegern offenkundig machte und zu einer deutlichen Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung führte, wurden die zuvor mit Berufsverboten Belegten trotz ihrer Anträge zum größten Teil nicht wieder eingesetzt. Selbst das Angebot, ehrenamtlich und kostenlos zu arbeiten, wurde von den zentralen Regierungsstellen ausgeschlagen. Es ist ein Skandal, dass Angehörige der Heilberufe ihren Pflichten und Aufgaben nicht nachkommen dürfen, nur weil sie einer angeschlagenen Regierung nicht genehm sind. Diese Erniedrigung setzt zusätzliche seelische Wunden, die nicht so schnell verheilen werden.

Selbst für die Jüngeren und Auszubildenden, die sich trotz der schwierigen Situation mit Enthusiasmus fortbilden und den Anschluss an das allgemeine Wissen nicht verlieren wollen, wird der Austausch mit Fachkräften von außerhalb in vielen Fällen verwehrt. Wir konnten uns auf unserem gemeinsamen Fachtag von dem großen Interesse überzeugen. Uns wurde berichtet, dass viele Hunderte Visa, die für einen fachlichen Austausch in Deutschland und Europa bei den jeweiligen Botschaften gestellt wurden, von den europäischen Botschaften und Konsulaten abgelehnt wurden. Ihnen wurde unterstellt, dass sie nur ausreisen wollten, um im Ausland zu bleiben. Hier arbeiten offensichtlich staatliche Stellen Hand in Hand mit dem türkischen Regime und nehmen jungen Menschen, die ihr Land und ihre Gesellschaft trotz aller Einschränkungen voranbringen wollen, das Recht auf Austausch von Wissen, Bildung und fachliche Weiterqualifikation.

Was können wir als Zivilgesellschaft in Europa tun?

Deutschland ist für die häufig so verzweifelte Situation in besonderer Weise mitverantwortlich. Jahrelang haben wir die Türkei mit militärischen Mitteln aufgerüstet und gleichzeitig die Augen davor verschlossen, dass diese Waffen gegen die Bevölkerung der Türkei sowie in den Nachbargebieten der angrenzenden Länder völkerrechtswidrig eingesetzt werden. Wir können das nicht oft genug wiederholen, besonders angesichts eines 100-Milliarden-Aufrüstungspaketes, das dann ausgesonderte Waffen in genau diese Länder entsorgt oder einer aufgepöppelten Rüstungsindustrie Anschlussprofite garantiert. Darauf haben uns auch mehrere Gesprächspartner*innen hingewiesen.

Wir dürfen das Leid, die jahrelange Unterdrückung, den Krieg gegen die eigene Bevölkerung mit ihren traumatisierenden Menschenrechtsverletzungen nicht ignorieren, wie es unsere Regierungen faktisch tun. Als Therapeutinnen und Therapeut wissen wir aus unserer Arbeit, wie wichtig Zeugenschaft und Anerkennung des erlittenen Leids zur Schließung seelischer Wunden sind. Das gilt auch für kollektive Traumata ganzer Völker oder Bevölkerungsteile. Als Zivilgesellschaft können wir zu Prozessbeobachtungen fahren, zivilgesellschaftliche Gruppen und aktive Einzelpersonen besuchen und so das Gefühl der Isolation durchbrechen.

Wir müssen deutlich machen, dass die kurdische Bevölkerung zu unserer eigenen Freiheits- und Demokratieentwicklung modellhaft viel beitragen kann, wenn wir ihre Stimme hörbarer machen, das gilt auch innerhalb der IPPNW.

Wir sollten dafür kämpfen, dass vor allem in der jüngeren Generation ein menschlicher, auf Bildung ausgerichteter Austausch intensiviert wird. Wir können von den vielen hochgebildeten jungen Menschen in Kurdistan lernen, ebenso wie sie von unseren Erfahrungen. Wir haben gemeinsame existenzielle Zukunftsprobleme zu bewältigen, die wir nur mit gemeinsamem Wissen und gemeinsamem Willen lösen können. Dabei können wir uns nicht auf Regierungen und staatliche Stellen verlassen. Wir müssen diesen Austausch selbst in die Hand nehmen. Davon werden wir alle in Zukunft profitieren und so können die schweren seelischen Wunden auch vernarben.

Ernst-Ludwig Iskenius

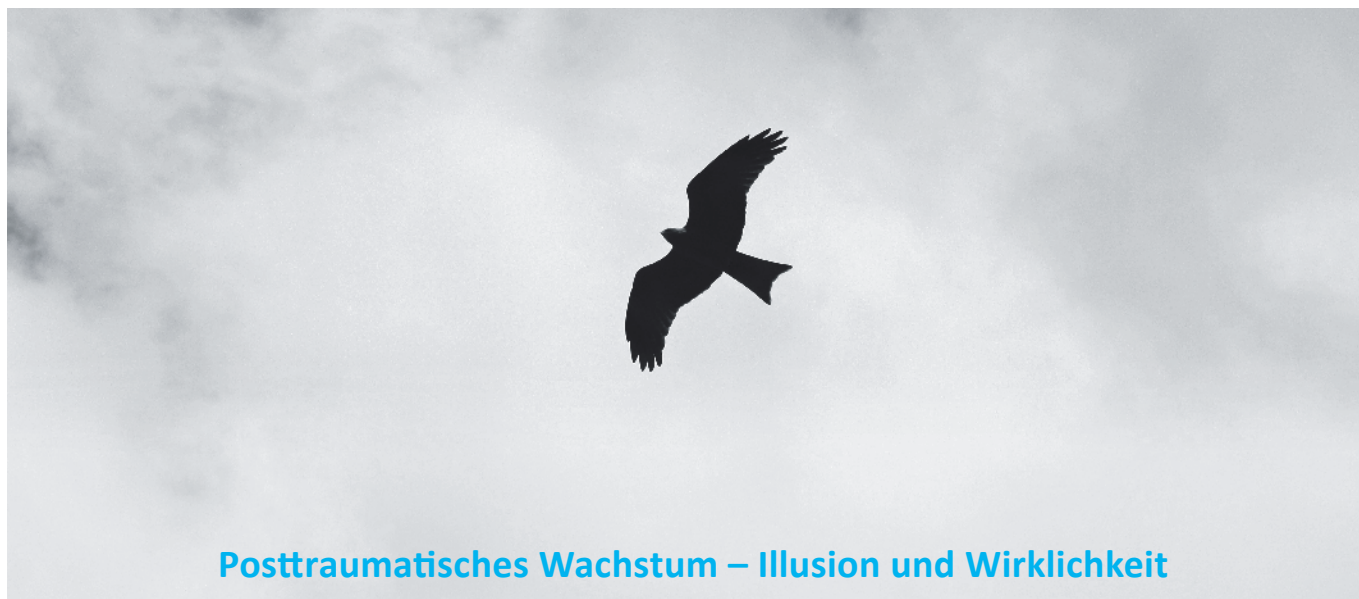


Foto: Amy Chung / Pexels

Posttraumatisches Wachstum – Illusion und Wirklichkeit

Es heißt, dass Krisen das Leben von Menschen erschüttern und zugleich das Potential bergen, gesellschaftliche Transformationen in Gang zu setzen. Was passiert aber mit Individuum und Gesellschaft, wenn eine Krise umfassend, unkontrollierbar, langandauernd oder in ihrem Charakter unaushaltbar und schrecklich ist und sich auch noch mit anderen, beispielsweise pandemischen, Krisen vermischt? Wenn sich traumatische Situationen wiederholen? Wenn ein Großteil einer Gesellschaft mit potentiellen Traumatisierungen konfrontiert ist und auch die Behandler*innen mit Folgen traumatischer Erfahrungen kämpfen müssen? Wie gelingt es, trotz alledem aufmerksam zu bleiben für positive Folgen, beispielsweise für individuelle Wachstumsprozesse nach traumatischen Erfahrungen?

Als zehnköpfige Reisegruppe nahmen wir am 19. März 2022 an einem vom TIHV und uns organisierten psychologischen Fachtag in Diyarbakır teil. Der Fachtag wurde im Tahir-Elçi-Hörsaal ausgerichtet, benannt nach dem 2015 ermordeten Vorstand der Anwaltskammer Diyarbakır. Insgesamt nahmen ca. 40 TIHV-assoziierte Mitglieder aus dem sozialpsychiatrischen bzw. pädagogischen Umfeld Diyarbakırs teil. Der Vormittag bestand aus Vorträgen, die sich inhaltlich an den Themen Resilienz und Empowerment im Kontext von Traumatisierung orientierten.

Zu Anfang berichtete Dr. Gisela Penteker als Reiseleiterin über den Kontext und Geschichte der IPPNW-Delegationsreise und teilte ein paar Eindrücke aus der langjährigen Erfahrung. Die ärztliche Psychotherapeutin Neşmil Ghassemloo referierte über Trauer bzw. Verlust und therapeutischen Umgang. Die psychologische Psychotherapeutin und Mitgründerin von Wildwasser e.V. Dorothea Zimmermann widmete sich (sexuellen) Missbrauchserfahrungen von Kindern und Jugendlichen sowie therapeutischen Behandlungsansätzen.

Kinderarzt Ernst Ludwig Iskenuis berichtete über Behandlungsmöglichkeiten für traumatisierte Geflüchtete in Deutschland. Ich widmete mich in meinem Vortrag dem Thema Resilienz und posttraumatisches Wachstum sowie möglichen therapeutischen Zugängen, beispielsweise in der Förderung von Selbstwirksamkeit und sozialer Unterstützung. Nach einer Mittagspause mit Kebab, Gözleme und Ayran fanden sich drei Workshopgruppen zusammen, die sich näher

austauschten. In der Gruppe zu konkretem Vorgehen in der Traumatherapie kam es zu einem Austausch von Methoden und Therapieansätzen. Die Kolleg*innen berichteten von weiterhin andauernden prekären und unsicheren Umständen bei ihrer Arbeit. Viele wirkten sehr erschöpft. Eine Kraftlosigkeit und Müdigkeit angesichts der sich wiederholenden traumatischen Situationen von Klient*innen, aber auch sie selbst betreffend schien parallel zu einem doch großen Interesse zu existieren. Es gab ein Gespräch über den individuellen Umgang mit dieser besonderen Herausforderung sowie das andauernde Thema der Traumatherapie im Kontext von unsicheren Bedingungen. Einige in akuten Krisengebieten tätige Kolleg*innen erzählten, dass sie dort mit Psychodramamethoden und Stabilisierungsübungen arbeiten. Darüber hinaus wurde über Umgangsweisen der Abstinenz in der therapeutischen Beziehung und psychologischer Abgrenzung bei politischer Repression gegenüber den Klient*innen diskutiert.

Nach dem Vortrag zu Trauer und Verlust ging es in einem weiteren Workshop um individuelle Begegnungen mit dem Thema. In der letzten Gruppe wurden Nachfragen zum Thema sexuellem Missbrauch und therapeutischem Umgang diesbezüglich gestellt.

Für mich war es ein Tag voller bewegender Eindrücke. Ich habe Hochachtung davor, dass diese vielen Menschen vor Ort nicht aufgeben, sich täglich erneut den Herausforderungen des aktuellen politischen Systems stellen und darüber hinaus noch offen sind, mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ziel des Fachtags war es, therapeutisches Wissen und Fertigkeiten zu teilen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Behandlungssituation zu diskutieren. Grundsteine dafür wurden gelegt. Ich hoffe auf ein nächstes Mal, bei dem es noch mehr Zeit für das gemeinsame Gespräch gibt.

Lilli Beckedorf



Psychosoziale Versorgung in Deutschland und in der Türkei: Begrüßung beim Fachtag in Diyarbakir

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde aus Diyarbakir,

wenn ich richtig gerechnet habe, ist dies unser 25. Besuch in Ihrer Stadt, nicht ganz, weil wir 2021 nur virtuell hier waren. In den ersten Jahren sind wir immer zum *Tip Bayram*, dem Tag der Medizin am 14. März gekommen und vor Newroz wieder abgereist, weil es in unserer Organisation große Berührungängste mit der PKK gab, die, wie Sie wissen, auch heute noch in Deutschland als terroristische Vereinigung gilt. Mit der Zeit haben wir immer mehr zivile Gruppen getroffen und konnten die Ängste, dass wir uns instrumentalisieren lassen würden, zerstreuen. Seitdem haben wir jedes Jahr mit Ihnen das Newrozfest gefeiert.

Bei unserem ersten Besuch war Seyfettin Kızılkın Präsident der Ärztekammer. Er wurde bald nach unserem Besuch verhaftet und im Jahr darauf haben wir ihn in Urfa in der Verbannung besucht. İlhan Diken war gerade aus dem Gefängnis entlassen und Berivan Bingöl stand unter Anklage. So haben wir schnell gelernt, unter welchen schwierigen Bedingungen Sie hier arbeiten.

Wir waren hier bei den Verleihungen Ihres Friedenspreises zum Beispiel an Şebnem Korur Fincancı und Sema Piskinsüt, wir haben gemeinsam Feste gefeiert wie beim Besuch des Weltärztekammerpräsidenten, waren bei der Eröffnung des TIHV Diyarbakir dabei und bei beklemmenden Prozessbeobachtungen wie zuletzt dem von Adnan Selçuk Mizraklı. Sie haben mir 2007 einen Preis verliehen und 2019 der deutschen IPPNW.

Wir reisen im Auftrag der IPPNW, einer internationalen ärztlichen Friedensorganisation, die auch eine türkische Sektion hat. Einige der kurdischen Ärzte gehören zu den Gründungsmitgliedern von Nüsed, wurden aber seit Jahren von der Zentrale in Ankara ignoriert. Wir haben versucht, zu vermitteln, das führte aber nur zu einem heftigen Konflikt auch auf internationaler Ebene. Eine Untersuchung der Probleme durch eine kanadische Kollegin und ein Mediationsversuch auf dem Weltkongress in Paris zu dem auch Dr. Necdet İpekyüz eingeladen war, brachten keine Lösung. Uns war es wichtig, weiter mit

den kurdischen Kollegen Kontakt zu haben und so kümmerten wir uns nicht mehr um Vereinsgeplänkel, das für Sie als kurdische Kolleg*innen nicht ganz ungefährlich war.

Wir haben über die Jahre die Auf- und Abs der türkisch-kurdischen Politik miterlebt, den Ausnahmezustand, die Zeit der kurdischen Selbstverwaltung in den Städten, die Friedensverhandlungen und die damit verbundene große Hoffnung, dann den brutalen Rückschlag nach den Kommunalwahlen 2015. Wir haben jedes Jahr in Deutschland darüber berichtet, konnten aber nichts daran ändern, dass die deutsche und europäische Politik immer Rücksicht auf die türkische Regierung nehmen und sich nicht zu den Menschenrechtsverletzungen äußert.

Es gibt über die vielen Jahre nur wenige Menschen, die wir kontinuierlich getroffen haben. Einer von ihnen ist Mahmut Ortakaya. Dass die Kontakte zwischen unseren jährlichen Besuchen und gelegentlichen Prozessbeobachtungen nicht vertieft werden konnten, lag im Wesentlichen an der Sprachbarriere. Ich habe es leider nicht geschafft, Türkisch oder Kurdisch zu lernen. Inzwischen gibt es hier immer mehr Menschen, die Englisch sprechen, so dass ein direkter Kontakt eher möglich wird. Dass unsere Dolmetscherin Serra hier vor Ort ist und ihre Kontakte für uns nutzt, ist eine große Hilfe.

Das virtuelle Treffen im März letzten Jahres war sehr intensiv. Nicht alles an der Pandemie war schlecht. Danach haben wir uns bis zum Besuch der Kolleginnen und Kollegen im Oktober in Deutschland regelmäßig online ausgetauscht. Dieser Gegenbesuch in Deutschland war für unsere Arbeit sehr wertvoll. Alle Menschen und Organisationen, mit denen wir uns getroffen haben, waren sehr beeindruckt. Unsere Gäste waren sehr gute Botschafter und alle unsere Berichte können einen solchen persönlichen Kontakt nicht ersetzen.

Vielleicht haben wir damit und auch mit dem heutigen Fachtag ein neues Kapitel unserer langjährigen Kontakte begonnen, das zu mehr kontinuierlichem und auch fachlichem Austausch führt.

Dr. Gisela Penteker

Newroz in Diyarbakır



Stationen der Reise: Gespräche mit Initiativen der Zivilgesellschaft

VAN 13.-15. März 2022



ANWALTSKAMMER VAN



FRAUENVEREIN STAR



ÖHD VAN:
JURIST*INNEN FÜR FREIHEIT

DERSIM 17. März 2022



TIHV UND ÄRZTEKAMMER VAN



BEI BÜRGERMEISTER
FATİH MEHMET MAÇOĞLU, DERSİM



DEMOKRATISCHE PLATTFORM DERSİM

DIYARBAKIR 18.-21. März 2022



HDP DIYARBAKIR



ÖHD DIYARBAKIR



ARCHITEKTENKAMMER

ANKARA 24.-25. März 2022



IHD DIYARBAKIR



TIHV UND ÄRZTEKAMMER



TIHV ANKARA



IHD ANKARA



ÄRZTEKAMMER ANKARA



FRAUENVEREIN PURPLE PLACE

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, wurde am 11. Mai 2011 ebenda unterzeichnet und von der Türkei als eines der ersten Länder ratifiziert. Die Konvention stellt einen wichtigen Meilenstein im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen dar. Aufgenommen wurden alle wichtigen Forderungen der internationalen Anti-Gewalt-Bewegung – und so ein Gesamtkonzept mit Hauptaugenmerk auf Prävention, Intervention, Fortbildung und gesellschaftlichen Veränderungen in Bezug auf die Haltung zur geschlechtsspezifischen Gewalt entwickelt.

Im Rahmen dieser Konvention konnten auch in der Türkei wichtige Schritte in Richtung Verankerung eines weitergehenden Schutzes für Frauen und Mädchen durchgesetzt werden. Im März 2021 entschied Erdoğan per Erlass, aus diesem internationalen Abkommen zum Schutz der Frauen vor männlicher Gewalt wieder auszutreten. Seit Juli 2021 gilt es in der Türkei nicht mehr. Als Reaktion darauf wurde eine massive Gegenwehr von Frauenorganisationen in der gesamten Türkei laut. Einige Initiatorinnen dieser Bewegung durften wir auf unserer Reise im März bei längeren Gesprächen kennenlernen.

Yaşamima dokunma: Fass mein Leben nicht an!

In Van, der östlichsten Stadt unserer Reise, gingen wir in den Austausch mit dem Frauenverband STAR, der sich gegen alle Arten der Gewalt an Frauen einsetzt und darüber aufklärt, Hilfestellungen, Berichte und Projekte veröffentlicht und realisiert. Eines der Projekte, „Edirne to Van – We’re Curbing Violence“ hat sich mit Fahrer- und Automobilhandwerkskammern zusammengeschlossen, um vorrangig Taxifahrer über Hilfestellungen für von Gewalt betroffene Frauen aufzuklären und sie für das Thema zu sensibilisieren. STAR fordert den Wiedereintritt der Türkei in die Istanbul-Konvention. Mehr unter: www.starkadindernegi.org

Bei einem Mittagsspaziergang durch Ankara trafen wir unverhofft auf das feministische Zentrum „Kadin Savunma Ağı“ (Frauenverteidigungsnetzwerk), wo wir uns für den Abend verabredeten. In der türkischen Hauptstadt ist es laut eigenen Angaben das einzige Zent-

rum dieser Art. Auch hier wurde klar, dass die Verteidigung der Istanbul-Konvention gleichzeitig die Verteidigung des Rechts der Frauen auf ein sicheres Leben ist. Ziel ist es, Schutzräume für Frauen zu etablieren, wo sie nach ihrem eigenen Verständnis frei leben und sich entfalten können. Weiter soll eine Frau „ihre eigene Heimat“ verkörpern können.

Folgende Protestaktion als Beispiel der Netzwerkarbeit: Die Frauen erzählten uns, dass die Steuern auf Hygieneartikel in der Türkei erst kurz vor unserem Besuch von einem auf 19 Prozent erhöht worden sind. Daraufhin hat das Netzwerk Tampons entwendet und an öffentlichen Orten an Frauen verteilt, um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen. Mehr Infos: www.kadinsavunmasi.org

Bei unseren Gesprächen mit drei Anwaltskammern war der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention ebenfalls Thema. Wir machten deutlich, dass dieser Skandal auch in Deutschland immer wieder thematisiert wird und es eine breite Solidarität mit den Frauen gibt, die in der Türkei um die Ratifizierung dieser Konvention kämpfen. Unsere Gesprächspartner*innen haben deutlich gemacht, dass der Austritt der Türkei für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einen herben Rückschlag bedeutet. Erdoğan konnte in konservativen Kreisen damit punkten, dass die Inhalte dem westlichen Frauen- und Familienbild entsprechen und er mit seinem Austritt den Kampf vor allem religiöser Kreise gegen ein selbstbestimmtes Leben der Frauen, ihren Kampf um Schutz und eine selbstbestimmte Sexualität stärkt. Diese Kontextualisierung hat eine enorme Auswirkung auf die gesellschaftliche Behandlung dieser Themen und vor allem auf die Haltung der Richter, die die Gesetze wieder eher gegen die Frauenrechte auslegen können, dürfen oder gar müssen.

Gerade im Kontext der Entlassung missliebiger Staatsbeamter wird deutlich, welchen Rückschlag Frauen im Kampf um ihre Rechte verkraften mussten. Leider zeigte sich aber auch bei unseren Gesprächen, dass der Kampf um die Wiedereinführung der Konvention vor allem von Frauen geführt und von einigen Männern eher als „Frauensache“ abgetan wird. Umso wichtiger erschien es uns, dieses Thema als Delegation immer wieder anzuschneiden und damit die Frauen zu stärken.

Ende April konnten die Frauen der Bewegungen einen großen Erfolg verbuchen: Das Oberste Kassationsgericht des Landes musste sich mit mehr als 200 Klagen von Frauenorganisationen und Anwaltsvereinen gegen den von Erdoğan angeordneten Austritt aus der Konvention zum Schutz der Frau vor Gewalt beschäftigen. Tatsächlich hat dieses Gericht, das noch als verhältnismäßig unabhängig angesehen wird, entschieden, dass dieser von Erdoğan im Alleingang vollzogene Austritt der Türkei möglicherweise nach türkischem Recht ungültig ist. Das endgültige Urteil steht noch aus.

Dorothea Zimmermann und Ernst-Ludwig Iskenius



Van: Ein Besuch im Vorgarten der EU-Abschottungspolitik

Van, die östlichste Großstadt der Türkei, ist seit vielen Jahren das Tor für Geflüchtete aus dem Iran, Afghanistan, Pakistan und Bangladesch. 1997 eröffnete das UN-Flüchtlingswerk UNHCR ein Büro, weil die Türkei immer nur EU-Bürger*innen als Geflüchtete anerkennt hat. Nachdem die EU der türkischen Regierung Druck gemacht hatte, alle Geflüchteten selbst zu registrieren, wurde das UNHCR-Büro geschlossen. Sie zahlte der Türkei große Summen, um Geflüchtete nach internationalen Standards zu registrieren, zu versorgen, ein Anerkennungsverfahren durchzuführen und ihnen den erforderlichen Schutz zu geben. Die Türkei soll für die EU eine Abwehrpolitik gegenüber Geflüchteten vollziehen, dafür kauft sich die EU mit Geld aus ihrer internationalen Verantwortung frei. Aber wie sieht die Realität dieses „Deals“ aus? Wir haben die Anwaltskammer in Van besucht. Das ehrenamtlich arbeitende Komitee unterstützt Geflüchtete, die nach Van kommen. Nachdem die Türkei an ihrer südöstlichen Grenze eine hohe Mauer errichtet hat, kommen über Van auch Menschen aus dem Irak, Syrien und sogar aus östlichen afrikanischen Ländern.

Die Erstaufnahme von Geflüchteten wurde nach 2018 auf dem Papier von türkischen staatlichen Stellen übernommen. Für afghanische Geflüchtete gilt die Türkei sogar als „sicheres Land“. Deshalb ist für sie ein Resettlement-Programm in einem Drittland ausgeschlossen. Seitdem ist die Zahl der schutzbedürftigen Menschen, die ihr Leben verloren haben, dramatisch gestiegen. Van ist von der iranischen Grenze durch ein unwegsames Gebirge abgeschottet. Die Winter sind hart und kalt, die Wege verschneit und kaum passierbar. Viele Flüchtlinge erfrieren, bevor sie Van als rettende Stadt erreicht haben. Einen sicheren Fluchtweg gibt es nicht. Zum Teil werden sie auch von wilden Tieren angegriffen, verletzt, getötet. Niemand zählt die Opfer. Einige von ihnen werden immer erst nach der Schneeschmelze entdeckt und als Leichen geborgen.

Das Komitee der Anwaltskammer versucht, die Opfer zu identifizieren und Angehörige ausfindig machen – eine Arbeit, die eigentlich staatliche Stellen ausführen sollten. 2019 konnten 52 Geflüchtete identifiziert werden, 26 waren erfroren. Eine weitere Todesursache sind Unfälle. 2020 ertranken viele Geflüchtete, die mit dem Schiff über den Van-See weiterkommen wollten. 61 Personen konnte das Komitee der Anwaltskammer identifizieren und die geborgenen Leichen ihren Familienangehörigen übergeben. Der größte Friedhof für Geflüchtete in der Türkei befindet sich in Van. Man vermutet, dass es weit über 100 Todesfälle pro Jahr sind, für die die Region Van die letzte Station ist.

Die von der EU finanzierten „Aufnahmezentren“ sind tatsächlich weitgehend abgeschottete Abschiebezentren. Was dort passiert, entzieht sich dem Licht der kritischen Öffentlichkeit. Von Gewalt an Personen, Vergewaltigungen, Abschiebungen ohne Registrierung und Verfahren, unwürdigen Unterbringungs- und Lebensbedingungen wird berichtet. Seit das UNHCR sich ganz herausgezogen hat, führt niemand eine Statistik oder hat einen Überblick. Die wichtigste Ursache für die desolate Situation der Geflüchteten ist, dass sie das ihnen zustehende System der Aufnahme und des Anerkennungsverfahrens erst gar nicht erreichen. Es gibt keine systematische Beratung: Nur durch Zufall erfahren die Anwält*innen vom Schicksal der



VAN: FRIEDHOF FÜR GEFLÜCHTETE

Foto: Sami Kent / The New Humanitarian

Geflüchteten. Obwohl nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 sicherlich viele Afghanen die Flucht über die Türkei versucht haben und einen Anspruch auf Aufnahme und Registrierung als Geflüchtete hätten, konnten weder die Anwält*innen selbst noch die offiziellen Statistiken eine Zunahme der Flüchtlingszahlen aus Afghanistan feststellen. Wieviele gleich an der Grenze zurückgeschoben werden, wieviele durch Van nur durchgezogen sind und ihren Weg weiter in den Westen gefunden haben, wieviele sich hier vorübergehend aufhalten, um sich das Geld zum Weiterwandern zu verdienen, darüber gibt es keine Informationen.

In einer solchen Situation blüht besonders der Menschenhandel. Es kostet 1.000 bis 5.000 Euro pro Person, in der Türkei weiterzukommen. Vom ihrem Recht, Asyl zu beantragen, wissen die wenigsten Geflüchteten. Die Türkei verfolgt eine Politik der geschlossenen Türen, wo Menschen ins Land kommen wollen, hat aber „offene“ Türen, damit sie die Türkei möglichst schnell wieder verlassen. Die EU sieht die Türkei als Gendarm zur Abwehr von Geflüchteten und rüstet sie entsprechend mit Mitteln aus, ohne Kontrollen durchzuführen – auf Kosten des Lebens, der Gesundheit und der Rechte der Flüchtlinge. Das internationale Schutzsystem für Geflüchtete, zu dem sich die Staaten verpflichtet haben, gibt es hier nicht.

In einer Art Doppelmoral weist die EU auf ihre eigene Menschenrechtspolitik hin – tatsächlich schaut sie weg und unterstützt das rechtlose System der Türkei. Als die Anwält*innen aus Van in einer Veranstaltung in Brüssel über die Situation der Geflüchteten in Van berichteten, soll der Vertreter der EU geantwortet haben: „Wir haben an der Flüchtlingspolitik der Türkei nichts auszusetzen. Es ist in unseren Augen eine gute Flüchtlingspolitik, die die Türkei betreibt.“ Was können die Anwält*innen hier tun? Nur in Einzelfällen, wenn andere NGOs ihnen betroffene Menschen zuweisen, können sie sie juristisch beraten und ihnen helfen, in das Anerkennungsverfahren zu kommen. Mit ehrenamtlichen Kräften ist das aber nur sehr begrenzt möglich. Pushbacks können sie nicht verhindern und am System auch nichts ändern, solange dieses System von der EU und der internationalen Öffentlichkeit gedeckt wird.

Ernst Ludwig Iskenius

Was können Prozessbeobachtungen in der Türkei bewirken?

In den letzten Jahren sind wir immer wieder zu Prozessbeobachtungen in die Türkei gefahren. Auch auf unseren Delegationsreisen hatten wir ab und zu die Gelegenheit, an Prozessen von Menschenrechtsaktivist*innen teilzunehmen. Auf der diesjährigen Reise wurden wir in Diyarbakır mit dem Prozess gegen einen Menschenrechtsverteidiger des IHD konfrontiert. Firat Akdeniz ist Mitglied des Menschenrechtsvereins IHD und setzte sich besonders gegen das Verschwinden von Personen sowie gegen die Straffreiheit von nachgewiesenen Mordfällen an politisch Aktiven ein. Er ist außerdem Mitglied der Erziehungsgewerkschaft und engagiert sich auch hier für Menschenrechte.



Foto: ANF Deutsch

Wegen dieses Einsatzes wird ihm der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer illegalen bewaffneten Organisation nach Artikel 314/2 des Strafgesetzbuches der Türkei gemacht. Konkret wird ihm die Teilnahme an 17 verschiedenen Versammlungen des IHD, z. B. beim Antikriegstag am 1. September 2019 oder beim kurdischen Sprachfestival in Diyarbakır oder religiösen Gedenkfeiern vorgeworfen. Ein weiterer Vorwurf lautet, er habe sich öffentlich zur Gewalt an und zu Ermordungen von Frauen geäußert, Veröffentlichungen zum Hungerstreik von Gefangenen und zu willkürlichen Verhaftungen getätigt und sich gegen die Immunitätsaufhebung von HDP-Abgeordneten gewandt. Ebenfalls soll er gegen die Zwangsverwaltung protestiert haben. Alle diese Meinungsäußerungen werden willkürlich als Unterstützung der PKK interpretiert.

Am 24. Mai 2021 wurde er bei einer Hausdurchsuchung verhaftet und bis zum 8. September in Untersuchungshaft genommen. Am 23. März war nun nach drei weiteren Gerichtsterminen der letzte Verhandlungstag angesetzt. Beim Besuch des IHD in Diyarbakır zwei Tage vorher wurden wir gebeten, als internationale Beobachter an dem Prozess teilzunehmen. Der Verhandlungstag war nur kurz: Während der Verlesung der Verteidigungsschrift durch einen der sieben anwesenden Anwälte erschienen plötzlich Polizisten in Zivil im Zuschauerraum. Das ist auch nach türkischem Gesetz verboten. Ob sie wegen unserer internationalen Beobachtung kurzfristig dorthin beordert wurden, blieb unklar. Auf Aufforderung der Anwälte, verwies allerdings der Vorsitzende des dreiköpfigen Richterorgans die Polizei des Raumes. Zur Urteilsverkündung mussten die Anwälte, die Unterstützer von Firat und ich als internationaler Beobachter für

die IPPNW draußen vor der Tür warten. Firat Akdeniz war der Verhandlung vorsorglich ferngeblieben. Für mich war sehr befremdlich, dass das Urteil nur schriftlich herausgereicht wurde – ohne Verkündung durch den Richter. Das Resultat: eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren und drei Monaten. Der einzige Lichtblick: Bis zur Berufungsverhandlung vor dem nächsthöheren Gericht bleibt Firat Akdeniz auf freien Fuß. Dieses Urteil richtet sich nicht nur gegen den Angeklagten, sondern ist als Kriminalisierung der Menschenrechtsarbeit des IHD zu werten. Es dient offenbar zur Vorbereitung eines Verbotes dieser Menschenrechtsorganisation.

Auch wenn an diesem Beispiel deutlich wird, dass wir als Prozessbeobachter*innen nur selten Einfluss auf konkrete Ergebnisse nehmen können, ist für die Betroffenen unsere Anwesenheit sehr wertvoll. Auch in diesem Fall haben sie betont, wie sehr sie die physische Anwesenheit von internationaler Seite bei ihrem Kampf um Gerechtigkeit ermutigt – gibt es ihnen doch das Gefühl, nicht vergessen und auf verlorenem Posten zu sein. Daher haben wir vereinbart, dass sie uns frühzeitig den Termin für die nächsten Verhandlungen mitteilen. Neben der physischen Beobachtung sind weiterhin Briefe an die Gerichte notwendig – damit die Richter sich dessen bewusst werden, dass sie unter der Beobachtung der internationalen Menschenrechtsbewegung stehen. Nur so kann, wenn auch nur in Einzelfällen wie damals bei dem Arzt Serdar Küni, Einfluss auch auf Entscheidungen höherer Gerichte genommen werden.

In Deutschland sind wir nur eine kleine Gruppe von Beobachter*innen, die in die Türkei zu Gerichtsprozessen fahren. Wir könnten durchaus mehr Menschen gebrauchen. Für uns ist die Teilnahme an solchen Prozessen insofern wertvoll, als wir noch einmal einen ganz anderen physischen Eindruck von der komplexen und vielschichtigen Repressionsgewalt gewinnen. Der persönliche Kontakt ist hier wichtig, die abstrakten Fakten ermüden manchmal. Konkrete Personen zu unterstützen und ihr Schicksal intensiver weiterzuverfolgen, macht die Arbeit und die Einsicht in die konkrete Situation einfacher und nachhaltiger. Wir werden so konkret Zeug*innen und können diese Zeugenschaft als Gewicht in die politische Diskussion werfen. Von daher würden wir uns freuen, wenn sich inner- und außerhalb der IPPNW Menschen bereiterklären, ein oder zwei Prozesse jährlich zu besuchen, darüber zu berichten und die konkreten Schicksale weiter zu verfolgen. Bitte melden unter: iskenius@ipnw.de

Ernst-Ludwig Iskenius



DER PROZESS VON ADNAN SELÇUK MIZRAKLI (2020)

Foto: Bernhard von Grünberg



MAHNWACHE DER FAMILIE ŞENYAŞAR VOR DEM GERICHT IN URFA

Das Schicksal der Familie Şenyaşar und das türkische Recht

Familie Şenyaşar, die Eltern und ihre vier Söhne, hatten einen Laden in Suruç, einer Stadt an der syrischen Grenze, gegenüber von Kobane. Während des Wahlkampfs 2019 betrat eines Tages ein Parlamentsabgeordneter der AKP mit seinem Sohn und mehreren Leibwächtern das Geschäft der Familie Şenyaşar und wollte dort Flugblätter mit Wahlwerbung auslegen. Die Familie verweigerte das, da sie HDP-Wähler seien. Daraufhin wurden sie von den Besuchern mit Waffen bedroht. Einer der Söhne rief seinen Bruder in der Stadt zu Hilfe. Der Bruder war bewaffnet und es kam zu einem Schusswechsel, bei dem alle vier Söhne und einer der Männer aus der AKP-Gruppe verletzt wurden.

Die Verwundeten wurden mit Ambulanzen in verschiedene Krankenhäuser gebracht. Zwei der Söhne kamen ins Regierungskrankenhaus von Suruç. Auf dem Weg dorthin wurde der Krankenwagen beschossen. Die Eltern folgten dem Krankenwagen ins Krankenhaus, wo die verwundeten Söhne und der Vater vor den Augen der Mutter mit Sauerstoffflaschen erschlagen wurden – das bezeugt auch ein diensthabender Arzt, der auf Twitter öffentlich machte, was im Krankenhaus geschehen ist.

Die beiden anderen Söhne kamen in ein anderes Krankenhaus und überlebten. Der Sohn, der mit einer Waffe seiner Familie zu Hilfe gekommen war, wurde festgenommen und im Schnellverfahren zu 37 Jahren Gefängnis verurteilt. Seitdem befindet er sich in Isolationshaft. Der AKP-Abgeordnete und seine Leibwächter sind weiter auf freiem Fuß und im Amt, ohne dass eine Strafverfolgung eingeleitet worden wäre.

Seit einem Jahr fordert Frau Şenyaşar in Begleitung des einzigen ihr gebliebenen Sohnes vor dem Gericht Gerechtigkeit und die Freilassung ihres inhaftierten Sohnes. Sie werden beschimpft, vertrieben, immer wieder festgenommen, aber der Staatsanwalt eröffnet kein Verfahren gegen den Abgeordneten und seine Männer. Nach Aussage der Anwält*innen wäre das für den Staatsanwalt gefährlich. Er müsste mit seiner Entlassung rechnen. Die Entscheidungen treffe in all diesen Fällen „der Mann aus dem Palast“, wie sie den Staatspräsidenten Erdogan nennen.

Frau Şenyaşar ist eine gebrochene alte Frau. Unsere Begegnung wird von einem Reporter der Mezopotamya-Agentur gefilmt, der später auch noch ein Interview mit uns führt. Ein weiterer Mann mit Kamera entpuppt sich als Sicherheitsmann aus dem Gericht. Er wird von den Anwesenden vertrieben.

Wir haben Frau Şenyaşar und ihrem Sohn versprochen, in Deutschland über ihr Schicksal zu berichten. Es ist ein besonders bedrückendes und scheußliches Beispiel von türkischer Gerechtigkeit – aber keineswegs das einzige.

Dr. Gisela Penteker

Urbanizid: Verbrechen am kulturellen Erbe der Menschen und Städte

Die Stadt Diyarbakır liegt im Südosten der Türkei und ist das Zentrum Nordkurdistans. Während des „Städtekriegs“ von 2015-17 im Südosten der Türkei und den daran anschließenden Abrissarbeiten wurden große Teile Surs, Diyarbakırs historischer Altstadt, zerstört. Zu der erlebten militärischen Gewalt kamen Ausgangssperren, die für die örtliche Bevölkerung gesundheitsgefährdende und lebensbedrohliche Konsequenzen hatten. Viele Menschen mussten aus ihren Wohnvierteln fliehen. Neben Diyarbakırs Altstadt Sur waren auch die Städte Cizre, Idil, Nusaybin, Silopi, Şırnak und Yüksekova besonders von der militärischen Offensive und den anschließenden Abrissarbeiten durch den türkischen Staat betroffen. Um das Ausmaß der erlebten Gräueltaten zu fassen, verwendet die Architektenkammer Diyarbakırs den Begriff Urbanizid – die gezielte Zerstörung der Stadt als Quelle von kollektiver Erinnerung und Identitätsbildung.

Gentrifizierung unter Einsatz von Waffengewalt

Sur ist mit seinen altstädtischen Cafés, Restaurants und Märkten das Herzstück Diyarbakırs und ist die Heimat von tendenziell ärmeren Bevölkerungsschichten. In den 1990er Jahren wuchs die Stadt, nachdem der türkische Staat eine Kriegs- und Vertreibungspolitik in kurdischen Dörfern führte. Viele Familien zogen damals nach Sur, weil dort günstiger Wohnraum verfügbar war. Dadurch war es möglich, tragende soziale Netzwerke aufzubauen. Aufgrund der örtlichen Struktur fand die Arbeiterpartei PKK großen Rückhalt in der Bevölkerung. Bei den Wahlen im Jahr 2015 holte die linke kurdische Partei HDP mit Abstand die meisten Stimmen.

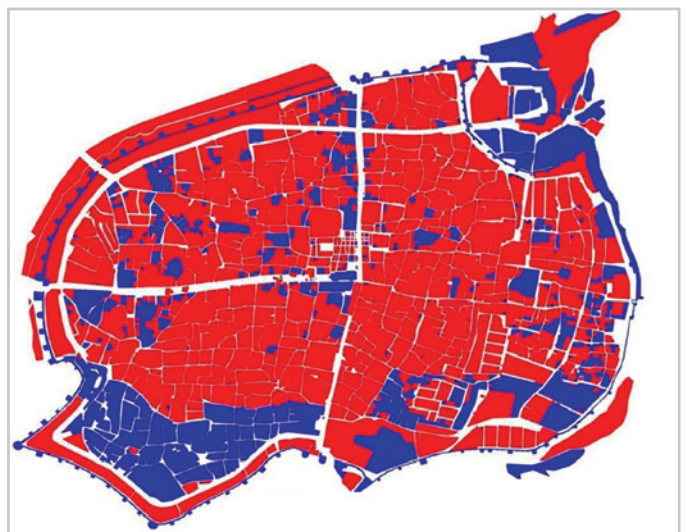
Diese Aspekte stehen den Interessen der türkischen Zentralregierung entgegen. Schmale Gassen und unübersichtliche Altstadtstrukturen verhinderten die militärische Kontrolle über das als regierungsfeindlich wahrgenommene Gebiet. Zudem entsprach die Bevölkerungsstruktur Surs nicht den Kapital- und Verwertungsinteressen von Investor*innen, die zusammen mit dem türkischen Staat bereits im Jahr 2008 planten, Sur für den Tourismus auszubauen. Zusammen mit dem staatlichen TOKİ -Bauunternehmen entwickelte die türkische Regierung Pläne für die innerstädtische Transformation von Sur. Die gewählte kurdische Stadtverwaltung und die Bevölkerung stellten sich jedoch damals geschlossen gegen das Projekt. Die 100-tägige Militäroffensive veränderte die Situation in Sur grundlegend. Von früh morgens bis spät in die Nacht wurde die Altstadt von Artillerie, Panzern und Scharfschützen der türkischen Armee be-



ALTES SUR

schoßen. Viele Menschen starben. Dabei konzentrierten sich die Gefechte hauptsächlich auf zwei von vier Altstadtvierteln, die mit 140 Tagen zu den längsten aller Ausgangssperren zwischen 2015-17 gehörten.

Was uns berichtet wurde, war grauenhaft: Es war verboten, die Häuser zu verlassen. Nicht einmal die Leichen von Angehörigen vor dem eigenen Haus konnten geborgen werden, andere wurden in Kühltruhen bis zum Ende der Ausgangssperre aufbewahrt. Zehntausende Menschen mussten aus ihren Häusern fliehen. Manche hatten gerade erst geheiratet und Möbel für die neue Wohnung gekauft. Andere lebten dort bereits seit Generationen. Viele verbinden eine über 1000-jährige Geschichte mit diesem Ort. Nach der militärischen Operation lag ein gewichtiger Teil von Sur in Schutt und Asche. Im Anschluss gab es weiterhin großflächige Absperrungen. Viele Schutzsuchende fanden zunächst Zuflucht bei Familienangehörigen oder Bekannten im anderen Teil der Altstadt. Anstatt der Bevölkerung den Wiederaufbau ihrer Stadt in Aussicht zu stellen, wurde ein Großteil der Bewohner*innen durch die türkische Regierung von ihren Wohnungen und Häusern zwangsenteignet. Die Bevölkerung musste



ENTEIGNUNG UND ZERSTÖRUNG VON SUR, 2016: Die roten Bereiche wurden 2016 enteignet und verstaatlicht. Inzwischen wurde fast das ganze rote Gebiet im Osten geplant. (Grafik: Sur Damage Assessment Report, 2017)



GASSE IM ALTEN SUR (2016)



STERILE NEUBAUTEN IM SUR
VON 2022: „SCHÖNER ALS TOLEDO“

schließlich zusehen, wie Transporter die Massen an Schutt und Asche aus den Altstadtquartieren fuhren, ungeachtet der Leichen- teile, die sich zwischen den Schuttbergen befanden. So wurde uns bei den Treffen berichtet.

Die Architektenkammer Diyarbakır dokumentiert eigeninitiativ die Folgen des Krieges und den Grad der Zerstörung, soweit das unter der herrschenden Repression möglich ist. Denn die Neuplanungen der zerstörten Gebiete erfolgen durch Ankara und nicht durch die ortsansässige Zivilgesellschaft und die nahestehenden Planer*innen. Mit Hilfe von Satellitenbildern konnten die Architekt*innen nachweisen, dass ein Großteil der Zerstörung der Altstadtquartiere erst nach dem Krieg stattfand. Dabei gelten die Altstadt, die Festung und die angrenzenden Hevselgärten als UNESCO-Weltkulturerbe.

Nach dem Beschuss 2015-16 ließ der Premier Ahmet Davutoğlu verlauten: „Wir werden die selbstgebauten Häuser in Sur, einer historischen Gegend, die aber nun zu einem Zentrum für Kriminalität und Terror wurde, abreißen“ (Schaber 2016). Sur solle wieder so aufgebaut werden, „dass es mit seiner architektonischen Struktur zu einer Attraktion für Touristen wird. [...] Ganz wie Toledo“ (ebd.). Toledo wurde im Spanischen Bürgerkrieg 1936 von der linksdemokratischen spanischen Republik verteidigt, jedoch schließlich von den Faschisten unter Franco eingenommen, zerstört und als Prestigeobjekt des Faschismus wiederaufgebaut. Eine Stadt, die heute als Kulisse für den Tourismus funktioniert und zugleich in ihrer Geschichtserzählung die dunkle Zeit der jüngeren Vergangenheit weitgehend verschweigt.

Darum ist der Städtekrieg als Urbanizid anzuerkennen:

In Anbetracht der Grausamkeiten, die während der Städtekriege von 2015-17 stattgefunden haben, stellt sich die Frage, wie und mit welchen Begrifflichkeiten die Ereignisse, das profunde Kalkül dahinter und die daraus resultierenden Traumata, bezeichnet werden können. Mit dem Begriff „Gentrifizierung“ lassen sich die beschriebenen Verdrängungsprozesse mit den zugrundeliegenden skrupellosen Kapitalinteressen im Rahmen einer globalen Kontinuität begreifen, die den Verlust von tragfähigen sozialen Netzwerken und lokalem Wissen zur Folge haben. Zugleich trifft diese Beschreibung nicht das Ausmaß des Leids, das die Bewohner*innen der zerstörten Städte erlebt(en). Die Architektenkammer Diyarbakır spricht deshalb von „Urbanizid“. Dieser Begriff wurde das erste Mal von Architekt*innen

im Zuge des Bosnienkriegs 1992-95 verwendet, um die Auswirkungen der Zerstörung von Städten auf das soziale Leben in diesen Städten zu beschreiben. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen im Südosten der Türkei verwenden diesen Begriff im Zusammenhang mit dem Städtekrieg zwischen 2015-16. Damit zeigen sie auf, dass es sich nicht lediglich um die Zerstörung von Gebäuden handelt, sondern der Zerstörung einer Stadt als Quelle von Erinnerung und Identitätsbildung. Somit ist der Urbanizid eine spezifische Form politischer Gewalt, die auf die systematische und vorsätzliche Zerstörung einer bestimmter Form von Kollektivierung abzielt. Folglich ist der Urbanizid dem Genozid nicht gleichzusetzen, teilt mit ihm aber gewisse Strukturmerkmale (Coward 2009).

Die Gebäude, ihre Anordnung und die engen Gassen stehen im zeit-historischen Zusammenhang mit den Menschen, die diese Städte gebaut, bewohnt und belebt haben. Die Stadt ist somit ein räumliches Spiegelbild der über Jahrhunderte hinweg gewachsenen sozialen Beziehungen an diesen Orten, mit ihren je spezifischen lokalen Identitäten. Die im Städtekrieg angegriffenen Orte waren bekannt als Zentren kurdischer Identität und einer reichhaltigen, multikulturellen Geschichte. Mit ihrer Zerstörung und dem Wiederaufbau durch uniforme, identitätslose Neubauten für wohlhabende externe Käufer*innen und die städtische Umstrukturierung mit breiten, übersichtlichen Straßen zielte der türkische Staat nicht nur auf Profit und die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten, sondern richtete sich explizit gegen die lokalen Kulturen, die als nicht zugehörig gewertet, kriminalisiert und eliminiert werden sollten. Dem widersetzt sich die Architektenkammer mit ihrer detaillierten Dokumentation der Zerstörung, um auch für zukünftige Generationen die Erinnerung an diesen Orten wachzuhalten. Zugleich steht die internationale Anerkennung der erfahrenen Kriegsverbrechen weiterhin aus.

Quellen:

- Peter Schaber (2016): Wiederaufbau nur für Wohlhabende, 27.02.2016: nd-aktuell.de/artikel/1003203, wiederaufbau-nur-fuer-wohlhabende.html
- Lower Class Magazine (2016): Hinter den Barrikaden. Eine Reise durch Nord-kurdistan im Krieg
- Videodokumentation des „Destroyed Cities Report“ der Architektenkammer: youtu.be/t48BNvD2oPg
- Martin Coward (2009): Urbicide: The Politics of Urban Destruction

Susanne Dyhr

Ein Ausflug nach Nusaybin



EHEMALIGES STADTZENTRUM

Nach 134 Tagen militärischer Ausgangssperre wurde am 19. Juli 2016 die Ausgangssperre in Nusaybin aufgehoben. Die Stadt war kaum wiederzuerkennen. Die sechs Hauptbezirke im Herzen der Stadt waren vollständig abgerissen worden. Es war kaum zu glauben, dass hier Häuser, Schulen und Geschäfte gestanden hatten. Das zerstörte Gebiet wurde mit einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun vom Rest der Stadt abgetrennt. Auch der angrenzende Musa-Anter-Park war zerstört, etwa 6.000 Bäume waren verbrannt.

Nach Aufhebung der Ausgangssperre ging ich nach Nusaybin. Riesige Baumaschinen arbeiteten ununterbrochen in dem Gebiet. Die Einwohner*innen beobachteten die Zerstörung hinter dem Stacheldrahtzaun. Ich traf einige Frauen, die weinten, während sie die Zerstörung beobachteten. Ich fragte sie, ob ihre Häuser zerstört worden seien. Eine von ihnen antwortete: „Ja, unsere Häuser wurden auch zerstört, aber wir weinen nicht um unsere Häuser, wir warten auf unsere Kinder. Die toten Körper unserer Kinder liegen unter den Trümmern“. Quelle: Nurcan Baysal / Ahval News



BLICK ZUR SYRISCHEN GRENZE



IM HINTERGRUND: MAUER AN DER SYRISCHEN GRENZE UND DIE HÄUSER DER SYRISCHEN SCHWESTERNSTADT QAMISCHLI.

Unser Fahrer hatte große Bedenken, in die Stadt zu fahren, weil dort die Sicherheitskontrollen sehr streng sein sollen. Wir blieben bei diesem Ausflug unbehelligt. In Nusaybin befindet sich einer der wenigen Grenzübergänge nach Syrien, der aber seit 2015/16 geschlossen ist. Die Türkei hat diese Mauer entlang der gesamten Grenze nach Syrien gebaut, vom Irak bis zum Mittelmeer. Der einzige zur Zeit offene Grenzübergang, über den z.B. humanitäre Hilfe zu den Menschen in Syrien gebracht werden kann, befindet sich ganz im Westen.

Reiseeindrücke





Projekte in Planung

Unsere Gesprächspartner aus der Türkei sind vom **3. bis 14. Oktober 2022 in Berlin, Braunschweig und Köln** zu Gast. Sie werden sich mit deutschen Gruppen über medizinische, psychologische und friedenspädagogische Arbeit austauschen und Netzwerke knüpfen.

11. bis 25. März 2023 IPPNW-Delegationsreise in den Südosten der Türkei. Interessierte bitten wir, sich bei uns zu melden: g.penteker@gmail.com

Spenden

Für die Finanzierung dieser Reise sind wir auf Spenden angewiesen. Wenn Sie das Projekt unterstützen möchten, nutzen Sie unser Direktspendentool oder spenden Sie auf das IPPNW-Konto bei der GLS-Bank, IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 – Stichwort: Türkei

Direktspende online:
ippnw.de/bit/direkt-spende

Weiterlesen

Unsere Blogbeiträge, blog.ippnw.de/tag/turkei
Amnesty International, www.amnesty.de
Medico international, www.medico.de
Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net
Civaka Azad, civaka-azad.org
Azadi Rechtshilfefonds, www.nadir.org/azadi
AI Monitor, www.al-monitor.com
TIHV Englisch, en.tihv.org.tr
IHD Englisch, ihd.org.tr/en

Diesen Reisebericht
können Sie im IPPNW-
Shop bestellen:
shop.ippnw.de

Online-Version unter:
www.issuu.com/ippnw

Zur Reiseleitung:

Dr. Gisela Penteker ist Allgemeinärztin i. R. in Otterndorf an der Nordsee und seit 1983 Mitglied der IPPNW. Seit über 20 Jahren führt sie gemeinsam mit dem Dipl.-Sozialpädagogen Mehmet Bayval aus Frankfurt (Main) Delegationsreisen in die Türkei/Kurdistan durch.

Autor*innen des Berichts:

Lilli Beckedorf, Susanne Dyhr, Neşmil Ghassemlou, Ernst-Ludwig Iskenius, Gisela Penteker, Dorothea Zimmermann. Serra Bucak unterstützte die Gruppe als Dolmetscherin.

Endredaktion: Dr. Gisela Penteker, Regine Ratke, Angelika Wilmen
Layout: IPPNW e. V. / Regine Ratke

© IPPNW e. V., August 2022

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Bestellung: shop.ippnw.de oder in der IPPNW-Geschäftsstelle:
IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen
für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V.

Körtestraße 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (0)30 – 69 80 74 – 0
Fax: +49 (0)30 – 683 81 66
ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

